

# Die Gewerkschaft

Schrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 16  
Königsplatz 15 (Redakteur K. Dittmer)  
Verleger: Amt Morikplatz 3103/08

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags  
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post  
(einschließlich Bestellgeld) 100 Mt.

## Berufsberatung und Arbeiterschaft.

In wenigen Wochen werden wieder viele Tausende junger Menschen aus der Schule ins Leben treten und viele Eltern werden vor der Frage, welchem Berufe sich die bisherigen Schüler und Schülerinnen zuwenden sollen. Während nun die höhere Schulbildung für die Kreise der Besitzenden im allgemeinen die Arbeitsfelder klar abgesteckt sind, liegt es bei den Arbeiterschaft und bei den Gemeindefachschülern wesentlich anders.

Kräfte des einzelnen erprobt, sorgfältig geprüft und daraufhin die besonderen Berufszweige empfohlen werden können. Es ist zuzugeben, daß trotzdem hin und wieder Mißgriffe sein werden und daß die ganze Misere der Teilarbeit und des mechanisierten Wirtschaftsprozesses nicht aus der Welt geschafft ist. Immerhin würde es aber ganz gewaltige Milderungen des Unlustgefühls mit sich bringen, wenn die jugendlichen Schüler in der Lage wären, die Anforderungen und Aufgaben der einzelnen Berufe kennen zu lernen, bevor sie sich ihnen sozusagen auf Lebenszeit anvertrauen.

Man kann zwar gegenwärtig die Auswahl der Berufe zusammenfassen, so lassen sich doch 2000 Berufe aufzählen, die eine mehr oder weniger große Vorbereitungs- oder Ausbildungszeit erfordern. Bis vor einigen Jahren bestand auf dem Gebiete der Berufsberatung eine Planlosigkeit. Das änderte sich durch die Errichtung von Berufsberatungsstellen und Berufsämtern geworden. Bisher war so ziemlich allgemein der Fall. Meist hing es vom Willen der Eltern oder der Schülerin ab, ob der Schüler oder die Schülerin diesen jenen Beruf ergriff, und auch die Eltern waren oft in dieser Beziehung ziemlich hilflos. Das mangelhafte Zusammenarbeiten von Schule und Eltern brachte es mit sich, daß die Schule so gut wie keinen Einfluß gewann, ja vielmehr sich die Lehrkräfte gar nicht daran interessierten, in irgendeiner Weise helfend einzugreifen.

Es hat sich vor einigen Jahren vielfach die Auffassung gezeigt, daß manche Arbeitereltern sich sagten, die Zeit der besonderen Lehrlingsausbildung sei doch nur zugunsten der Kapitalisten, und es bestand demzufolge lange Zeit ein Mangel an Lehrlingen für qualifizierte Berufe, da viele Eltern in dieser Zeit das große Opfer nicht auf sich nehmen wollten oder auch nicht konnten, nun für weitere 3 bis 4 Jahre für die Ernährung und Bekleidung ihrer Kinder über 14 Jahre die Mittel aufzubringen. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß es nicht nur im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegt, daß wir möglichst viele hochqualifizierte Arbeitskräfte besitzen, sondern daß gerade die deutsche Arbeiterschaft im Kampfe um den Weltmarkt und um die weltwirtschaftlichen Beziehungen unbedingt nötig hat, die Intensivierung der Weltwirtschaft mit allen Mitteln anzustreben. Dazu gehört auch, daß der rechte Mann an der rechten Stelle steht.

### Nachtschicht

Wie der Himmel lüht in allen Farben!  
Zwischen Rauch und Qualm und Funkenregen  
Fleht die Sonne durch des Abends Tor;  
Menschen schauen hin und wahren,  
Daß beim letzten Klang der Dampfmaschinen  
Feiertändel tret' die Nacht hervor.  
Nicht so wir — wir studen in die Hände,  
Zieh'n den Riemen fest um unsere Leinde,  
Und nun grüßt Maschine, Form und Walzenrad:  
Durch die Fenster spielen lechte Strahlen,  
Nun vom Leben noch ein Bild zu malen —  
Denn fast mild in Schlaf die Niesenabd.  
Nur! Hier gibt es kein Erbarmen —  
Schlief die Arbeit löst mit offnen Armen  
Und wir sind der Arbeit trunkne Schar —  
Goldnes Licht, du bist für uns begraben,  
Sieben Tage darfst du uns nicht haben,  
Denn wir laien vor der Arbeit hochaltar.  
Stunden geh'n. Es blühen auf die Sterne;  
Durch die Scheiben in die dunkle Ferne  
Senkt sich unser Bild in gelbes Land:  
Unsre Sehnsucht zieht ein Glanz strahlen,  
Es verflücht Lebensnot und Qualen —  
Jetzt hat sich die Haut zum Griff gespannt.  
Zur Muhl wird uns der Riemen Qualtern,  
Orgelbrausen der Maschinen Rattern,  
Sonnensicht steigt aus der Essen Sprüh'n,  
Reiche, Nummer — wiecht, schwarze Sorgen!  
Unser Ziel? O komme bald, du Morgen,  
Schenke uns dein junges Strahlenglän.  
Und er naht. Nach lebendigen Stunden  
Sticht im Lch, von Goldbroten umwunden,  
Siegreich schön der Hutendank heraus:  
Während wir erschöpft, ermattet gähnen,  
Grüßt vom Turm der Schak der Dampfmaschinen  
Andrer Kameraden Tageslauf.  
Christoph Wieprecht.

Es bedarf an dieser Stelle keiner ausführlichen Darstellung, daß im allgemeinen auch derjenige, der sich in seinem Arbeitsbetrieb sicher fühlt, auch in den Gewerkschaften der beste Vertrauensmann und Mitarbeiter am Organisationsleben ist. So haben wir alle Veranlassung, unseren Kollegen nahelegen, sich um die verschiedenen Berufsverhältnisse zu kümmern und die Anlage ihrer Kinder, soweit sie aus der Schule kommen, von sachverständiger Seite durchprüfen zu lassen. — Aus Anlaß einer eingehenden Besichtigung des Berufsamtes der Stadt Berlin sowie des Landesberufsamts, zu der auch die Vertreter der Gewerkschaftspresse hinzugezogen waren, haben wir festgestellt können, daß die segensreiche Wirkung der Berufsberatung bereits tief eingreift in die gewerkschaftlichen Verhältnisse, daß eine planmäßige Zusammenarbeit mit dem Lehrlingsnachweis, dem Arbeitsnachweis, der Erwerbslosenfürsorge und dem Jugendamt seit einigen Jahren eine große Anzahl Mißstände gemildert, zum Teil sogar ausgemerzt hat. Darunter verstehen wir vor allen Dingen die systematische Kontrolle durch Gewerbeinspektoren, die wiederum mit dem Berufsberatungsamt in Verbindung stehen. Auf diesem Wege ist es möglich geworden, die schlimmsten Lehrlingsausbeuter beim Kragen zu nehmen und ihnen das Halten von Lehrlingen zu

Wir wollen dabei nicht verkennen, daß diese Maßnahmen diese Regel nur bedingt. Mit der Einführung von Berufsberatungsstellen ist in den letzten Jahren Breche gelegt. Es ist hinzu, daß die Elternbeiräte sich bemühen, in den etwas schwierigen Schulmechanismen durch den Kontakt zwischen Lehrerschaft und Eltern erzielt wird. Es wäre nur dringend zu wünschen, daß die Kollegen sich mehr an den Elternbeiratswahlen beteiligen, als bisher der Fall war. Jedenfalls ist hier eine Entlastung im Gange, der gegenüber auch die Gewerkschaften nicht gleichgültig sein können. Denn es liegt in unserem Interesse, daß die Schulen, unseren ganzen Einfluß zur Geltung zu bringen, um dem jetzigen vielfach chaotischen Zustand geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Die Unterlage für einen solchen planmäßigen Aufbau bietet aber die Berufsberatung, indem die besonderen Fähigkeiten und

der Stadt Berlin sowie des Landesberufsamts, zu der auch die Vertreter der Gewerkschaftspresse hinzugezogen waren, haben wir festgestellt können, daß die segensreiche Wirkung der Berufsberatung bereits tief eingreift in die gewerkschaftlichen Verhältnisse, daß eine planmäßige Zusammenarbeit mit dem Lehrlingsnachweis, dem Arbeitsnachweis, der Erwerbslosenfürsorge und dem Jugendamt seit einigen Jahren eine große Anzahl Mißstände gemildert, zum Teil sogar ausgemerzt hat. Darunter verstehen wir vor allen Dingen die systematische Kontrolle durch Gewerbeinspektoren, die wiederum mit dem Berufsberatungsamt in Verbindung stehen. Auf diesem Wege ist es möglich geworden, die schlimmsten Lehrlingsausbeuter beim Kragen zu nehmen und ihnen das Halten von Lehrlingen zu

verbieten. Eine umfangreiche Kartothek im Berufsberatungsamt gibt Auskunft über solche Lehrlingsstellen, die nicht empfehlenswert sind oder die durch schlechte Bezahlung den Ansprüchen nicht genügen, die insbesondere die organisierte Arbeiterschaft an sie stellen muß.

Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht auf die außerordentlich interessante Methode der Prüfung auf die Lehrlingscignung eingehen, sondern wir wollen nur feststellen, daß sich die Beratungsstellen in 14 große Hauptgruppen unterscheiden, von den landwirtschaftlichen Berufen bis zu den Frauenberufen mit höherer und höchster Schulbildung. Eine medizinische Abteilung des Berufsberatungsamtes ermöglicht, daß hier auch psychopathisch schwierige Fälle in Verbindung mit der Fürsorge behandelt werden können und Arbeitsstellen gestellt werden, die es ermöglichen, diese bedauernswerten Menschen wieder normalen Arbeitsstellen zuzuführen. Denn vielfach wirkt die berufliche Tätigkeit entscheidend ein auf solche Charaktere. Die Berufsberatung wurde durch Ministerialerlaß vom 19. März 1919 in Preußen von Staats wegen geregelt. Bisherig bereits in allen Großstädten (Berlin seit 1912) solche Berufsberatungsstellen bestanden, so hat doch der gewaltige Ausbau, den diese Berufsberatungsstellen in den letzten Jahren erhalten haben, eine ganz andere Institution daraus gemacht, und die Gewerkschaften haben alle Veranlassung, das plannmäßige Bestreben, die Berufsberatung zu einer Art obligatorischen Einrichtung zu machen, zu unterstützen. Noch immer wissen Tausende ratloser Eltern in Berlin nicht, wie sie sich helfen sollen. Vielen sind die Berufsberatungsstellen nicht bekannt, und wissen sehr viele Eltern nicht, an wen sie sich in solchen Fällen wenden sollen, obwohl in der Landsberger Straße 43 das Berufsberatungsamt jederzeit Rat und Auskunft gibt.

Man soll etwa nicht glauben, daß durch mehrtägige Feststellungen an Hand körperlicher, gesundheitlicher und geistiger Eignung doch sehr wenig geleistet werden kann. Durch Kartotheken hat man schon jetzt Tausende von solchen Kontrollen geschaffen und es hat sich im Laufe des letzten Jahres ergeben, daß die Fest-

stellungen durch die Berufsberatungsstellen sich in der Tat auch die Praxis als durchaus richtig und zuverlässig bewährt haben. Einige Beispiele zu nennen: So sind gegenwärtig im kaufmännischen Beruf Zehntausende junger Menschen weiblichen und männlichen Geschlechts tätig, die durchaus ihren Beruf versehen haben. Wäre auf Grund einer Prüfung rechtzeitig in Kontrolle genommen worden, so hätte man sie nicht an solche kaufmännischen Arbeitsstellen weisen, wo sie vorerst auf kurze Zeit den Anforderungen genügen um dann beim Versagen der Hochkonjunktur ihre Stellung verlieren und dem Arbeitsmarkt und der Arbeitslosenfürsorge zum Lasten. Gerade im kaufmännischen Beruf sind die Fälle zahlreich, wo infolge der mangelnden Gewissenhaftigkeit der ersten Einstellung vornehmten, besonders aber infolge der zahlreichen Privatinstiute, die eine vollkommene Ausbildung in wenigen Monaten versprechen (für uns kommt das besonders in der Baden in Frage), eine Belastung vor sich ging, welche die Gewerkschaften und -entwicklung erheblich erschweren. Sicher wären Kräfte diesfalls in anderen Berufen und Betrieben, für die sie geeignet sind, niemals in das entsehrliche wirtschaftliche Gelande gekommen, in das sie nun hineingeraten sind.

Beachtenswert ist auch, daß das Berufsberatungsamt die Stellen daraufhin kontrolliert, wie weit für Lehrlinge tarifliche sonstige ausreichende Bezahlung gewährleistet ist.

Nachdem die Gewerkschaften, besonders in den letzten Jahren endlich dazu übergegangen sind, auch Lehrlingsstarife aufzustellen überhaupt die ganze Lehrlingsfrage in den Bereich ihrer Betätigung zu ziehen, hat sich bereits eine enge Verbindung zwischen Berufsberatungsamten und Gewerkschaften in diesem Umfange ergeben, daß wir hoffen, auch die Arbeiterkammern werden nicht bisher von diesen Berufsberatungsamten Gebrauch machen.

Wir möchten allen unseren Kollegen darum empfehlen, die soweit sie jetzt vor die Frage der Berufswahl für ihre Kinder gestellt sind, Mühe und Zeit nicht zu scheuen und überall dort, wo solche Berufsberatungsstellen bestehen, rege davon Gebrauch zu

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

• Vom Kriegsschauplatz an der Ruhr. Die „friedliche“ Aktion des von Poincaré ins Ruhrgebiet gesandten Militärs hat auch bis heute noch nicht vermocht, nennenswerte Mengen Kohlen der französischen Industrie zuzuführen. Die bewundernswerte Abwehralistung der Arbeiterschaft des besetzten Gebietes ist durch die Brutalitäten der Hoch-Väter eher noch gestärkt als abgeschwächt worden. Aus Rache dafür vergnügen sich diese daher mit Keitpeitschenattaken auf friedliche Theaterbesucher und wehrlose Arbeiter, wie u. a. auch in dem Protestaufruf der Bergarbeiter an anderer Stelle dieser „Gewerkschaft“ nachgelesen werden kann. Daneben erfolgen Massenverhaftungen und -ausweisungen von Eisenbahnern und Verwaltungsbeamten. Nach den bisher an amtlicher Stelle vorliegenden Meldungen sind in den altbesetzten und den Einbruchgebieten seit dem Einmarsch der französischen Truppen in das Ruhrrevier 270 Personen verhaftet worden, 97 Personen sind verhaftet und danach ausgewiesen worden, 395 Personen sind sofort ausgewiesen worden. 16 Amtsenthebungen wurden widerrechtlich verfügt. 9 Personen sind als erschossen und 13 als verlegt gemeldet worden. Es handelt sich bei diesen Zahlen nur um die mit Namen bekannten Personen. Die Gesamtzahl ist in allen Fällen wesentlich höher. So sind, soweit bisher bekannt, allein über 100 Personen ohne Angabe der Namen als verhaftet gemeldet worden. Unter den Ausgewiesenen befindet sich auch der zur WSPD zählende männliche Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Grünher. In Essen und anderwärts ist die Schutzpolizei vollständig entmachtet oder verhaftet worden, so daß das Verbrechertum jetzt ungehindert seinen „sauberen“ Gewerbe nachgehen kann. Ebenso wurden in Essen, wo die Diphtherie herrscht, die Krankenanstalten für das französisch-belgische Militär geräumt. Den Seuchen wird dadurch freie Bahn geschaffen, sich zu allgemeiner Epidemie auszuwachsen. Reichs- und preussische Staatsminister, die im Ruhrgebiet an Ort und Stelle die Lage studieren wollen, sollen von preussischer Polizei verhaftet werden. So will es der französische Vudendorff, General Degoutie. — Hilfe gegen diese Not vom Ausland ist noch weit. Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß sich dieses mit wachsendem Interesse den Ereignissen an Rhein und Ruhr zuwendet. Ramentlich ist es die Arbeiterschaft, insbesondere Ständebündnis, Hollands und Englands, die gegen die Brutalitäten protestiert. Die Stimmen mehren sich auch, die ein Eingreifen des Völkerbundes verlangen, und fast scheint es, als ob auch von dem offiziellen England etwas mehr Aktivität erwartet werden kann. So hat der frühere englische Minister Lord Robert Cecil sich kürzlich im Unterhaus noch gegen eine Intervention des Völkerbundes ausgesprochen, während er jetzt als Vorsitzender des Vollzugsausschusses der Völkerbundvereinigung eine Mitteilung

über die Politik der Vereinigung mit Bezug auf die Lage im Gebiet veröffentlichen ließ, worin es heißt:

„In Anerkennung der Tatsache, daß die gewalttätige Besetzung des Gebietes durch die französischen Heere eine extreme und unmittelbare Gefahr für den Frieden Europas und die wirtschaftliche Fahrt zahlreicher Länder darstelle, sowie der Tatsache, daß die wältigende Mehrheit des britischen Volkes stets zugunsten der in dieser internationalen Fragen durch den Völkerbund sich erklärt habe der Vollzugsausschuss der Völkerbundvereinigung den lebhaften Wunsch, die Notwendigkeit zu betonen, daß der gesamte Komplex nationaler Fragen, dessen Mittelpunkt die Reparationsfrage bilde, wie möglich vor den Völkerbundrat oder die Völkerbundversammlung gebracht werde, womöglich mit Unterstützung Deutschlands und vereinigt Staaten. Sie erkenne an, daß die Wahl des Augenblicks und die Wahl des Organs notwendigerweise der Regierung verbleiben müsse, weise jedoch nachdrücklich darauf hin, daß jede nicht ohne Verzögerung verhängnisvolle Folgen haben könne, und hoffe, die Zweigstellen des Verbandes ihr Aufsehen tun werden, um das Ziel und die Regierung zu unterstützen, energisch eine Politik auf dieser Grundlage zu verfolgen.“

Beamte, Angestellte, Reichs- und Staatsarbeit

Bayern. (Pensionklasse der Staatsarbeit) Die Gauleitung München hat in einem Schreiben vom 16. Dezember 1922 mit umfangreicher Begründung erneut den Antrag gestellt, daß für die Staatsarbeiter endlich die vom Landtag wiederholtschlossene Pensionskasse errichtet werde. Nach einem am 10. Februar 1923 erfolgten Erinnerungsschreiben traf nachstehende Antwort des Staatsministeriums der Finanzen. München, den 13. Februar 1923.

Ueber die Frage der Errichtung einer Pensionskasse für die in staatlichen Betrieben und Verwaltungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen soll dem Landtag eine Denkschrift vorgelegt werden, in der die Verantwortung seiner Anfragen und bei sonstigen Anlässen im Landtag mitgeteilt wurde; diese Denkschrift liegt bereit dem Landtag zur Beschlußfassung vor. G. A. K. Koller.

Wenn es den bürgerlichen Vertretern im Landtag ernst ist, die Staatsarbeiter eine Pensionskasse zu schaffen, dann bietet hierzu noch einmal die schönste Gelegenheit. Soffentlich ist der Vorschlag zum Ministerium zum Landtag in einem so Tempo, daß die Behandlung der Frage auch von den alten Staatsarbeitern erlebt werden kann.

Merseburg. (Gründung einer Beamtenfektion) In einer am 21. Februar 1923 von dem Landesoberberichter E. L. Schner einberufenen Zusammenkunft der unteren und mittleren Beamten der Hauptverwaltung der Provinz Sachsen in Merseburg sprach der Kollege F. L. H. H. über Ziel und Zweck des Völkerbundes und insbesondere der Beamtenfektion unseres Verbandes.

Die Gewerkschaft erklärt Vertreter der untern und mittleren Stufen, daß die Gewerkschaft der Provinzialbeamten unter Umständen weiterhin die Interessenvertretung der Provinzialbeamten sein kann. Die Kollegen traten geschlossen zu dem Verband über und wählten als provisorischen Sektionsleiter den Landesobersekretär Essner-Magdeburg, der bis zum endgültigen Zusammitt mit dem Merseburger Filialvorstand und dem im Einvernehmen mit dem Filialvorstehenden Hartwig zu tun hat.

**• Theaterarbeiter •**

Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß der Arbeiterrat natürlich diese seidene Schnur, mit welcher er sich selbst aufhängen sollte, entzweigen und zurückgeworfen hat. Ginge es nach diesem Dienstplan, dann wären die Karlsruher Theaterarbeiter überhaupt keine Menschen mehr, sondern nur noch Trottel, welche bedingungslos zu tun und zu lassen hätten, was die technische Leitung befiehlt, die ihnen noch den Gang zum Wort vorschreiben oder verweigern würde. Die alte Bühnenklaverei wäre nicht nur im alten, sondern vergrößerten Maßstab wiederhergestellt. Das werden die Karlsruher Theater-, Gemeinde- und Staatsarbeiter aber nimmermehr dulden. Beschämend aber ist, daß ein solches Monstrum der Arbeiterfeindschaft ausgeht und vom badischen Kultusministerium vertreten werden kann.

stell entscheidet nach Bedarf der Maschinenbetriebe. In diesem Zweck wird das Personal der Schreiner-, Schlosserei und des Requisitionsdienstes dem Maschinenbetriebe unterstellt.

Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß der Arbeiterrat natürlich diese seidene Schnur, mit welcher er sich selbst aufhängen sollte, entzweigen und zurückgeworfen hat. Ginge es nach diesem Dienstplan, dann wären die Karlsruher Theaterarbeiter überhaupt keine Menschen mehr, sondern nur noch Trottel, welche bedingungslos zu tun und zu lassen hätten, was die technische Leitung befiehlt, die ihnen noch den Gang zum Wort vorschreiben oder verweigern würde. Die alte Bühnenklaverei wäre nicht nur im alten, sondern vergrößerten Maßstab wiederhergestellt. Das werden die Karlsruher Theater-, Gemeinde- und Staatsarbeiter aber nimmermehr dulden. Beschämend aber ist, daß ein solches Monstrum der Arbeiterfeindschaft ausgeht und vom badischen Kultusministerium vertreten werden kann.

**• Landstraßenwörter •**

Gau Baden. Zu den Januarlöhnen der Kreisstraßen- und Begewärter wird eine Nachzahlung von 25 Proz. bewilligt. Für den Monat Februar werden die doppelten Januarlöhne (einschließlich) der 25prozentigen Erhöhung gewährt. Die bisherigen Kinderzulagen werden vom 1. Februar 1923 ab ebenfalls verdoppelt. Danach gestalten sich die Lohnverhältnisse wie folgt:

Gruppe	Alter	Lohn im Januar	Nachzahlung für Januar	Gesamtl. Lohn im Januar	Neuer Lohn im Februar	Kinderzulagen im Januar	Kinderzulagen im Februar
I		21000	5250	26250	52500	2500	5000
II		25500	6375	31875	63750	2500	5000
III		27500	6875	34375	68750	3000	6000
IV		30000	7500	37500	75000	3000	6000

Weiter haben die Kreisvertreter: endlich in Aussicht genommen, die Löhne der Kreisstraßenwörter nach denen der Landstraßenwörter zu rechnen. Es sollen aber die Landstraßenwörter nicht voll bezahlt werden, sondern nur ein gewisser Prozentsatz davon. Es wird Sache des Verbandes sein, dafür zu sorgen, daß dieser Prozentsatz so gut wie möglich ausfällt. Der Verbandsbeitrag der vollbezahlten Wörtern beträgt nunmehr einschließlich Ortszuschlag in Gruppe I und II 300 Mk. pro Woche, Gruppe III und IV 360 Mk. pro Woche.

**• Aus unserer Bewegung •**

Halle a. d. S. Nachstehende Löhne gelten in der Zeit vom 15. bis 28. Februar, die in Klammern beigefügten in der Zeit vom 29. Januar bis 14. Februar: Handwerker 935 (710) Mk., angelernte Arbeiter 888 (675) Mk., ungelernete Arbeiter 870 (660) Mk., Handwerkerinnen 589 (447) Mk., angelernte Arbeiterinnen 542 (412) Mk., ungelernete Arbeiterinnen 514 (391) Mk., Reinemacherinnen 380 (284) Mk. Zu diesen Sätzen wird für die Zeit vom 29. Januar bis 14. Februar ein einmalige Betrag von 4000 Mk. gezahlt. Das Hausstandsgeld beträgt 40 (30) Mk., das Kindergeld 20 (20) Mk. Handwerker im ersten Jahre nach der Lehre erhalten 748 (568) Mk., im zweiten Jahre 842 (639) Mk. Alle anderen Handwerker erhalten den Volllohn, auch wenn sie noch keine 21 Jahre alt sind. Ungelernte Arbeitnehmer:

	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
b. volk. 20. J.	783 (594)	463 (358)	b. volk. 17. J.	435 (300)
" " 18. "	608 (528)	411 (319)	" " 16. "	392 (297)
" " 19. "	566 (420)	334 (254)	" " 15. "	305 (231)

Wetzl. In der im Januar stattgefundenen Generalversammlung konnte festgestellt werden, daß sich die Mitgliederzahl etwas erhöht hat. Die Jahresabrechnung ergab eine Einnahme von 836 185,25 Mk. und eine Ausgabe von 720 101,25 Mk. Witkin verbleibt ein Kassenbestand von 116 084 Mk. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender: Kacel; 2. Vorsitzender: Anders; Kassierer: Brose; Schriftführer: Kiemer.

Hamburg. In der Generalversammlung der Mitgliedervertreter, Verbandsfunktionäre und Betriebsräte am 15. d. M. wurden die bisherigen Mitglieder des Vorstandes wiedergewählt und der Vorstand auf elf Personen (vier besoldete, sieben unbesoldete) erweitert. Von der Drucklegung eines Jahresberichts für 1921/22 wurde Abstand genommen.

Nordhausen. In der Generalversammlung am 14. Januar gab Kollege Raumbach den Jahresbericht, dem der Kassenbericht folgte. In den Vorstand wurden gewählt: Raumbach, 1. Vorsitzender; Brüdnier, 2. Vorsitzender; B. Jarni, Kassierer; Ritter, Schriftführer.

Zwickau. In der gutbesuchten Generalversammlung am 28. Januar wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Neugewählt wurden als 2. Vorsitzender Max Walter; 2. Kassierer Dr. Orlamünder; 2. Schriftführer Baumann. Der Kassenabluß ergab im vierten Quartal 1922 an Einnahme 294 828 Mk., an Ausgabe 11 573,50 Mk., in bar an Kasse eingehend 283 254,50 Mk. Der Kassenablußbestand war zum Jahresluß 168 172,60 Mk.

der Tat aus... haben. In... n Kaufmänn... o männliche... oben. Wäre... nommen wo... Arbeitsstellen... rungen genü... Stellung zu... fürföhrer... le Fälle zahl... rjenigen, die... ge der zahlr... in werrigen... n der Baden... die Gewerks... ichter wären... für die He... lche (Eind) ... gungssamt die... nge karistische... en letzten Ze... se aufzufüllen... ich ihrer Be... rbindung zu... em Umfange... werden mehr... uch machen... empfehlen, be... überall vor... Gebrauch m... die Lage im... e Befugung be... und unmit... wirtschaftliche... che, daß die... umken der St... sich erklärt... iung der St... ame Komplex... istrage bildet... undverfamm... lands und der... es Augenblick... erierung werte... jede nicht w... und sollt... und das... tit auf diese... aalsarbeit... aatsarbeit... vom 16. De... den Antrag ge... m am 10. Febr... ende Kassen... 13. Februar... lasse für die... Arbeiter un... gi werden, we... u Anlässen... berzeit dem St... ndlag ermit... 1, dann trite... öffentlich tr... in einem f... den allen G... mtenfeld... Landesber... ernen und... hien in We... Zweck des... erbandes. B...

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Einem Protest gegen die Brutalitäten der französisch-belgischen Soldateska erlassen die Bergarbeiter in folgendem Aufruf an die Arbeiterschaft der Welt:

Mitten im Frieden ist die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebiets von der französisch-belgischen Militärmacht überfallen worden. Die organisierte Arbeiterschaft ganz Deutschlands hat, getreu ihren Grundsätzen und Traditionen, den Kampf gegen diesen Imperialismus und Militarismus aufgenommen. Diesen Kampf führt sie nicht mit militärischen Waffen und Gewalt, sondern mit lediglich passiven Widerstand gegenüber gewalttätiger Unterdrückung und Anrechtung. — Der französisch-belgische Militarismus zeigt sich bei seiner Aktion im Ruhrgebiet, wie jeder Militarismus, in seiner wahren Gestalt. Mißhandlung, Ermordung und Vergewaltigung friedlicher Menschen sind seine Spuren. Einige Beispiele, wie brutal die Bergarbeiter behandelt werden, wollen wir euch zur Kenntnis bringen:

- 1. Am 1. Februar ist der wehrlose Bergmann Hanmann in Brecht bei Brambauer von einem französischen Soldaten grundlos in feiger hinterlistiger Weise von hinten erschossen worden. — 2. Am 8. Februar wurden vier friedliche Bergleute in Neßlinghausen auf dem Wege zur Arbeitsstätte von französischen Soldaten überfallen, mißhandelt und blutig geschlagen. — 3. Der Bergmann Walters in Herne ist am 9. Februar morgens früh auf dem Wege zur Arbeit von einem französischen Posten niedergeschlagen und schonungslos wie ein Stück Vieh am Boden liegend grausam mißhandelt worden. — 4. Ein brutaler Gewaltakt ereignete sich am 12. Februar auf der Zeche Prosper bei Votrop. Friedliche Bergarbeiter wurden auf ihrem Arbeitsplatz von belgischen Soldaten überfallen und mißhandelt. Unter fortwährender Bedrohung mit scharfgeladenen Maschinengewehren und Handwaffen sollten sie zur Arbeit gezwungen werden. Als sie das ablehnten, wurden sie mißhandelt und niedergeschlagen. — 5. Auf Ewald Fortsetzung in Erkenschwid wurden 14 Bergarbeiter gezwungen, ein beschlagnahmes Auto der Zeche vier Kilometer weit von Erkenschwid nach Hornburg zu schieben. Die 14 Kameraden wurden dabei durch Kolbenschläge mißhandelt. Vier Betriebsratsmitglieder wurden verhaftet, die übrigen 10 wurden entlassen.

Diesen Schandtatzen werden von den Offizieren der Besatzungstruppen täglich neue hinzugefügt. In unmenslich grausamer Weise wird die friedliche und wehrlose Ruhrbevölkerung von den Offizieren mit der Heißeisen mißhandelt. Die Bewohner werden auf offener Straße schonungslos durchgepeitscht. An einem Tage wurden allein in Essen 22 solcher Fälle amtlich gemeldet. Von den übrigen Bergmannstädten und Dörfern sind ähnliche Fälle zu verzeichnen. Das sind so einige brutale Gewaltakte der Besatzung am Rhein und an der Ruhr. Große Erbitterung der Ruhrbevölkerung ist ihre Folge. Der Haß der Fremdberrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter, ihre Frauen und Kinder, die alten Invaliden, Witwen und Waisen schwer. Größtes Übel ist die Folge der Besetzung. Dies jedoch nicht allein. Die französische Militärdiktatur verhindert die Division. Sie verhindert den Wiederaufbau Europas. Dadurch hemmt sie das wirtschaftliche Streben der Menschen nach Wohlstand und Kultur und desorganisiert das ganze wirtschaftliche Leben der Welt zum Schaden aller Völker. Das Vorgehen der Besatzung wird die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Widerstandswillen nicht schwächen, im Gegenteil, er wird dadurch gestärkt. Wir sind entschlossen, den Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus bis zu Ende zu führen. An euch Arbeiter der Welt wenden wir uns, uns in diesem Kampfe zu unterstützen; denn unser Sieg ist auch euer Sieg!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. — Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands. — Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter. — Gewerksverein Hirsch-Lunder, Abtlg. Bergarbeiter.

5. Ausschussführung des ADGB. Die am 16. und 17. Februar abgehaltene Sitzung beschäftigte sich mit der Besetzung des Ruhrgebiets und mit den verschiedenen Maßnahmen zur Unterstützung der durch diese geschädigten Arbeiterschaft. Aus der Aussprache ging hervor, daß die überwiegende Mehrheit des Ausschusses mit der Tätigkeit des Bundesvorstandes einverstanden war. Die vom Metallarbeiterverband unternommene Sonder-Unterstützungaktion wurde in der Aussprache von den Vertretern der übrigen Verbände allgemein verurteilt, desgleichen die der Berliner Gewerkschaftskommission. Ferner wählten sich zahlreiche Redner gegen die ohne Rücksprache mit dem Bundesvorstand in Deutschland unternommene Vortragsreise des Genossen Firmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, in Verhandlungen darüber mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu treten. — Sodann wurde über den wilden Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen verhandelt. Von Vertretern des Fabrikarbeiterverbandes wurde betont, daß es möglich gewesen wäre, die wegen der Teilnahme an dem kommunistischen Betriebsrätekongreß Entlassenen wieder in den Betrieb hineinzubringen, daß der Streik aber eigentlich nur dazu benutzt werden sollte, diesem Kongreß nachträglich zu etwas von der Bedeutung in den Augen der Arbeiterschaft zu verhelfen, die seine Veranlasser ihm verleihen wollten, und die er trotz all ihren Anstrengungen nicht

erhielt. Gewünscht wurde, daß die Arbeiter, die mit dem wilden Streik nicht einverstanden sind, solchen gewalttätigen Maßnahmen, wie sie in diesem Streik auftraten, mehr Widerstandsmöglichkeiten. Nach gründlicher Aussprache wurde gegen vier Entschließen folgende Entschließen angenommen:

Es kann nicht gebilligt werden, daß bei einem wilden, abgestimmten der verantwortlichen Gewerkschaftsleitung oder anderen ordnungsgemäße Entscheidung eingeleiteten Streik Unterstützung geleistet wird. Die vom Bundesausschuh im September 1922 auf der Ermächtigung des Leipziger Gewerkschaftskongresses beschlossene Streikregeln haben den Zweck, unorganisierte Streiks, die im Nachteil der Arbeiterschaft auslaufen müssen, zu verhindern. Der Bundesausschuh bedauert, daß bei dem wilden Streik in Ludwigshafen einzelnen Verbänden nicht nach den Bundesregeln gehandelt wurde.

Zur Verhandlung über den folgenden Punkt der Ordnung: „Die Finanzlage der Gewerkschaften“ auch die Kassierer der Verbände geladen. Es handelte sich hauptsächlich um Sicherung des Vermögens der Verbände gegen die Verantwortung. In Verbindung hiermit wurde über die baldige Öffnung des im Vorjahre bereits beschlossenen Vorkongresses der Gewerkschaften Beschluß gefaßt. — Der Bundesbeitrag wurde rückwirkend bis zum 1. Januar 1923 vorläufig auf monatlich 6 Mk. für jedes männliche und 4 Mk. für jedes weibliche festgesetzt. Wenn der Bundesvorstand im laufenden Jahre höherer Mittel bedarf als nach diesen Beitragsfähigkeiten vorgelegt, so soll er befugt sein, neben dem laufenden Beitrag eine Zahlung auf die folgenden Beiträge zu erheben.

• Internationale Rundschau •

Frankreich. In der am 29. Januar in Paris abgehaltenen ständischen Sitzung des Verbandes der Lichtarbeiter wurde nach einer Sitzung des Delegierten der Internationalen der Arbeiter in belgischen Betrieben, des Kameraden Unstrover-Büffel beschlossene Verschmelzung des Verbandes der Lichtarbeiter mit dem Verband der Arbeiter in öffentlichen Betrieben in Erwägung zu ziehen. Die beiden Organisationen gehören der Internationale der Arbeiter in öffentlichen Betrieben an.

• Rundschau •

Das Existenzminimum in der ersten Februarhälfte 1923. Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Februarhälfte fast doppelt so hoch wie in der zweiten Januarhälfte, etwa 2 1/2 mal so hoch wie in der ersten Januarhälfte, etwa 10 mal so hoch wie im Februar 1922, etwa 26 mal so hoch wie im Februar 1921 und etwa 32 mal so hoch wie im Februar 1920. Nationalisiertes Brot und Kartoffeln kosteten 1400 mal (zwei mal neun Jahren, Zucker 1700 mal soviel, Milch 2400 mal soviel, fische 3800 mal soviel, Graupen 4000 mal soviel, Bohnen 4300 mal soviel, Erbsen 4700 mal soviel, Reis 5100 mal soviel, Koggenmehl 5700 mal soviel, Brot im freien Handel und 6400 mal soviel. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich für Groß-Berlin:

	Mann	Frau	Kinder
Ernährung	14 198 Mk.	23 725 Mk.	31 100 Mk.
Wohnung	300 "	300 "	500 "
Heizung und Beleuchtung	5 679 "	5 679 "	24 800 "
Bekleidung	10 667 "	17 778 "	19 778 "
Sonstiges	9 869 "	15 194 "	19 778 "
1. Februarhälfte 1923	40 713 Mk.	62 676 Mk.	81 676 Mk.
2. Januarhälfte 1923	22 380 "	33 671 "	43 820 "
1. Januarhälfte 1923	15 540 "	23 096 "	30 380 "
Februar 1922	305 "	468 "	680 "
Februar 1921	149 "	225 "	310 "
Februar 1920	129 "	190 "	250 "
Aug. 1913; Juli 1914	16,75 "	22,30 "	28,00 "

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Februarhälfte 1923 für einen stehenden Mann 6785 Mk., für ein kinderloses Ehepaar 10 440 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 13 610 Mk. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Februarhälfte 1923 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für einen alleinlebenden Mann von 16,75 Mk. auf 40 713 Mk., d. h. auf 2430,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 62 676 Mk., d. h. auf das 2810,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,00 auf 81 671 Mk., d. h. auf das 2835,8fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Last in der ersten Februarhälfte etwa 2 1/2 mal so groß.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Welt und Mensch. Von Dr. C. Janetzki. Die erste Serie. Verlag: Neudamm (früher Entschl.). Wien 1923. Preis 20 Sch.